merksamkeit weitester Kreise auf sich gezogen. Die Entgegnungen, die von freimaurerischer Seite veröffentlicht wurden, wurden von ihr scharf widerlegt und für ihre Beweisführung ausgenutzt. Der Gegner war völlig geschlagen. Das Buch „Der ungesühnte Frevel an Luther, Lessing, Mozart und Schiller“ wurde eine Kampfwaffe in der Hand vieler Nationalsozialisten. Das war der Partei unlieb. Natürlich auch dem Juden und Freimaurer, und diese setzten Anfang Juni 1936 das Verbot des „Ungesühnten Frevels“ durch, nachdem schon lange vorher die Vorträge über die Gotterkenntnis verboten worden waren.

Nachdem sich nun Partei, Jude und Freimaurer und Rom einmal im Kampf gegen das Haus Ludendorff und insonderheit gegen meine Frau zusammengefunden hatten, blieben sie zusammengebacken. So nur ist es zu verstehen, daß am 26. 11. 1936 der Minister Goebbels in einer öffentlichen Versammlung in Gegenwart des Führers und Reichskanzlers unerhörte Schmähungen über meine Frau aussprach. Das veranlaßte mich, ihn durch Major v. Treuenfeld um Aufklärung zu bitten und ihn, falls diese Aufklärung nicht genügte, fordern zu lassen*). Dem gegenüber machte Minister Goebbels doch einen Rückzieher und schrieb mir folgenden Brief:

Der Reichsminister
für Volksaufklärung und Propaganda

„Berlin, W 8, 12. Dezember 1936
Wilhelmplatz 8—9

Sehr verehrter Herr General!

Es wird mir berichtet, daß Sie einen gewisse Auswüchse im deutschen Schrifttum behandelnden Passus meiner Rede auf der vierten Jahrestagung der Reichskulturkammer als gegen Ihre Person bzw. Ihr politisches Wirken gerichtet ausgelegt haben. Ich stehe nicht an zu erklären, daß es mir selbstverständlich vollkommen fern gelegen hat, Sie oder Ihr Wirken im Rahmen meiner Ausführungen in irgendeiner Weise zu treffen. Ich bedauere dieses Mißverständnis besonders und beeile mich deshalb, es hiermit auf diesem Wege aufzuklären.

Mit Deutschem Gruß Heil Hitler!

Dr. Goebbels.“

*) Siehe Anhang 25 — 28.



Ich veröffentlichte hierauf in Folge 19 vom 5. 1. 1937 des „Am Heiligen Quell Deutscher Kraft" folgendes:

„Kundgebung

1. Nachstehende Feststellung wird der ‚Freude' ein Ende bereiten, der die Feinde deutscher Volksschöpfung und eines völkischen Staates in mißverstandener Auffassung der Rede des Herrn Propagandaministers vom 27. 11. 1936 und, gestützt auf ihre Auffassung dieser Rede, durch eifrigste Herabsetzung meiner und meiner Frau Person Ausdruck gaben:

Ein Passus in der Rede, die Herr Reichsminister Dr. Goebbels auf der vierten Jahrestagung der Reichskulturkammer gehalten hat, ist verschiedentlich mit meiner Frau und mir in Beziehung gebracht worden. Dies ist nicht gemeint gewesen, wie mir Herr Dr. Goebbels hat mitteilen lassen. Die Ausführungen haben sich vielmehr auf verschiedene Druckschriften bezogen, die in letzter Zeit erschienen und in denen unbedeutende Verfasser in niedriger Ausdrucksweise weit übers Ziel hinausgeschossen sind.

Überdies erhielt ich von Herrn Dr. Goebbels einen persönlichen Brief, für den ich ihm gedankt habe."

Diesen Rückzieher hat mir der Minister Goebbels nicht vergessen. Er sprach gegenüber Major v. Treuenfeld auch über die Möglichkeit einer Aussprache zwischen Adolf Hitler und mir. Da ich nicht grundsätzlich ablehnte, so war der Minister in eine schwierige Lage geraten. Er zog eine Aussprache mit Major v. Treuenfeld hierüber in die Länge und bestellte ihn wieder zu sich am 20. oder 21. 1., also einem Tag nach dem Erscheinen einer Quellfolge. Er teilte Herrn v. Treuenfeld mit, daß diese Quellfolge auf Antrag des Reichswehrministers und des Ministers des Auswärtigen beschlagnahmt sei. Diese Ministerien hätten noch weitgehendere Maßnahmen beabsichtigt, dagegen habe er sich aber gewandt. Gründe der Beschlagnahme wären Ausführungen gewesen über deutsche Freiwillige in Spanien.

Ich hatte mit keinem Wort von deutschen Freiwilligen geschrieben und

erkannte sofort, daß es sich um einen Racheakt des Ministers Goebbels handelte. Ich wandte mich daher auch an die beiden von ihm genannten Minister. Der Reichskriegsminister teilte mir sofort mit, daß von ihm oder seinem Ministerium aus nichts veranlaßt sei. Ich erfuhr auch später, daß von dem Ministerium des Auswärtigen kein Einspruch erhoben wäre. Die ganze Angelegenheit war also eine glatte Erfindung des Ministers Goebbels und ein Racheakt. Der Reichswehrminister wollte die Beschlagnahme rückgängig machen, da aber die Postlieferung richtig bestellt war, so war praktisch nichts mehr zu veranlassen. Außer der Unruhe, die verursacht war, hatte die Beschlagnahme keinen Schaden angerichtet. Aber durch sie war die Einstellung des Ministers Goebbels völlig erkannt.

Generalfeldmarschall v. Blomberg hatte doch wohl erkannt, mit welchen unwahrhaftigen Mitteln der Propagandaminister gegen mich arbeitete, und hatte deshalb bei Erledigung der ganzen Angelegenheit als Antwort auf einen Brief von mir, der Anregungen über das Verhältnis des Propagandaministers zu mir enthielt, nachstehendes geschrieben:

„Berlin, den 31. 3. 1937

Hochverehrter Herr General!

Euer Exzellenz danke ich gehorsamst für Ihr Schreiben. Ich habe den Reichsministern Neurath und Goebbels von ihm Kenntnis gegeben. Beide sind dankbar für diese Erledigung.

Dr. Goebbels bat mich, folgendes auszurichten: er würde sich unmittelbar fernmündlich an Euer Exzellenz wenden, wenn Zweifel oder Mißverständnisse auftauchen würden, und er wäre dankbar, wenn sich die Redaktion der Zeitschrift bei Unklarheiten unmittelbar an die Presseabteilung des Propagandaministeriums ebenfalls fernmündlich wenden würde. Dr. Goebbels legt den größten Wert darauf, einer Wiederholung des Geschehenen vorzubeugen.

Ich zeichne als Euer Exzellenz tief ergebener

v. Blomberg"

Ich war über diese Feststellungen hoch erfreut, wenn ich ihnen auch nicht sehr traute. Schließlich aber hatte sich Goebbels Generalfeldmarschall v. Blomberg gegenüber gebunden. Ich gab die entsprechende Weisung an Herrn Löhde und den Verlag, daß nunmehr diese Abmachungen gültig wären. Schon etwa nach einem halben Jahr mußte ich erfahren, daß das Propagandaministerium sich nicht hiernach richtete. Vorläufig, wenigstens unter dem damaligen Referenten des Ministeriums, wirkte sich die Abmachung gut aus.

Noch eine andere Folge sollte das Handeln des Ministers Goebbels haben. Generalfeldmarschall v. Blomberg griff den Gedanken einer Aussprache zwischen dem Führer und Reichskanzler und mir auf*). Mir wurde mitgeteilt, daß der Führer und Reichskanzler diesen Wunsch habe. Ich wurde gebeten, meine Stellungnahme für eine Besprechung niederzulegen. Ich tat dies in nachfolgender Aufzeichnung:

---

*) Anmerkung des Herausgebers:

Zur Vorgeschichte des 30. 3. 1937

Im Winter 1936/37 sahen die deutschen Militärs mit zunehmender Sorge auf die wachsende deutsche Einmischung in den spanischen Bürgerkrieg und auf die dadurch drohende Kriegsgefahr. Hitler schien keine Bedenken zu haben, da er durch die Unterstützung Francos sich die Freundschaft Mussolinis zu erwerben hoffte, nachdem Italien in weit stärkerem Maße Truppen nach Spanien entsandte. Hitler glaubte, mit dem Entstehen eines faschistischen Spaniens in ihrem Rücken die Franzosen einschüchtern zu können. In dieser Sorge suchten der Reichskriegsminister v. Blomberg und mit ihm der Chef der Heeresleitung, Generaloberst v. Fritsch, und der Chef des Generalstabes des Heeres, General Beck, nach einem Weg, Hitler von seinen Plänen abbringen zu können. Der Reichskriegsminister benützte den Besuch, den der Beauftragte Ludendorffs, Herr v. Treuenfeld, am 1. 2. 1937 bei ihm machte, um Ludendorff eine Aussprache mit Hitler nahezulegen. Er führte dabei aus, daß der Spanienkrieg die schwelende Lunte am Pulverfaß Europa sei und daß jeden Augenblick die Explosion erfolgen könne. Der Chef der Heeresleitung und der Chef des Generalstabes des Heeres seien sich mit ihm einig, Hitler auf diesem Wege aufhalten zu müssen. Sie vermochten sich aber bei Hitler nicht durchzusetzen. Er wolle ihre Warnungen nicht hören. Er glaube aber, daß es großen Eindruck auf Hitler machen werde, wenn Ludendorff ihn warne. Davon verspreche er sich sehr viel.

Ludendorff stellte daraufhin alle Bedenken zurück, obwohl er sich keinen großen Erfolg versprach, und willigte unter der Bedingung ein, daß alle Beschränkungen seines Wirkens usw. aufgehoben werden.

Tutzing, den 7. 2. 1937

Meine Stellungnahme.

In Erledigung der mir von Herrn Major v. Treuenfeld übermittelten Anfrage führe ich folgendes aus:

1. Die Verhandlungen werden nur persönlich von Herrn Generalfeldmarschall von Blomberg mit dem Führer und Reichskanzler geführt.

2. Es muß ausgeschlossen bleiben, daß ich aus meinem persönlichen ruhigen Leben irgendwie in die amtliche Öffentlichkeit trete und irgendwelche bezügliche Bitten oder anderweitige Anerbietungen persönlicher Art an mich gerichtet werden. Ich spreche dies besonders deshalb aus, weil die Nichtannahme des Generalfeldmarschalltitels mir mißdeutet worden ist. Ich bin hierauf in Anlage 2 Bl. 1 unter 2 eingegangen.

3. Es darf nicht der geringste Schein erweckt werden, als ob ich, wie man so sagt, vor der staatlichen Macht „zu Kreuze krieche", das ist mit meiner Ehre, mit meiner Leistung und mit meiner Moral völlig unvereinbar. Leider ist nun durch die letzte Beschlagnahme, da sie nicht wieder zurückgenommen werden konnte, in dieser Hinsicht noch eine besondere Schwierigkeit hinzugetreten. Ganz wie ich befürchtete, ist die ausländische Presse mit dieser Beschlagnahme beschäftigt worden. Englische und holländische Zeitungen schreiben z. B.:

„Der Korrespondent hält es für wahrscheinlich, daß General Ludendorff mit Rücksicht auf seine Vergangenheit nicht bestraft wird."

So weit ist es also gekommen. Jedes Handeln meinerseits in der beregten Angelegenheit wird, das weiß ich mit Sicherheit, von bestimmten Kreisen im Auslande so ausgelegt werden, als ob ich unter Furcht vor Strafe handele, also „zu Kreuze krieche". So bedauerlich dies ist, ich vermag meine Gegner nicht zu ändern. Ich muß aber deshalb um so mehr Wert darauf legen, daß jeder Schein, ich handele aus Furcht vor der Macht, vermieden wird. Die Entgegnung, daß mir das niemand zutrauen würde, könnte ich nach meinen Erfahrungen leider nicht gelten lassen. Darum lege ich Wert darauf, daß, um solche Annahmen völlig auszuschließen, vor Erfüllung der Anregung des Herrn Reichskriegsministers bestimmte Maßnahmen Platz greifen, die ich noch nachstehend erörtere, die indes nichts weiter als eine Selbstverständlichkeit sind.

Ich müßte aus dem soeben angeführten ernsten Grunde und in Kenntnis meiner überstaatlichen Gegner bitten, daß für den soeben erwähnten möglicherweise eintretenden Fall nicht sogleich vom Herrn Propagandaminister oder von einer anderen Stelle Mitteilungen in die Presse oder sonst an die breite Öffentlichkeit gebracht werden; hierzu müßte wohl erst eine gewisse Zeit verstreichen. Meine Gegner hätten es sonst zu leicht, im Auslande mein Handeln doch noch unter jenen Verdacht zu stellen.

4. Damit klar erkennbar wird, daß Ehrenfragen für mein Handeln ausschlaggebend waren und sind und ihre Beilegung mir neues Handeln ermöglichen würde, habe ich in Anlage 1 Abschrift eines Schriftwechsels mit Herrn Staatssekretär Dr. Meißner von Ende vorigen Jahres gegeben. Hierbei weise ich darauf hin, daß in der von Herrn Generalfeldmarschall v. Blomberg angeregten Angelegenheit ich bereits Herrn Propagandaminister Dr. Goebbels, der eine ähnliche Anregung durch Herrn v. Treuenfeld an mich bringen ließ, eine Antwort gegeben habe, wie sie etwa in Anlage 2 gegeben ist.

5. In der Anlage 2 habe ich zusammenfassend die Eingriffe angeführt, durch die ich in meiner Ehre und in der Ehre meiner Frau und meines Verlages und meine Frau im besonderen in ihrer Ehre besonders getroffen sind. Ich habe an den einzelnen Punkten Vorschläge für ihre etwaige Erledigung gemacht, soweit solche in Betracht kommen.

Meine Vorschläge laufen im wesentlichen darauf hinaus:

Hände weg von meiner Person, meiner Frau Person und dem Verlage und Anweisung der in Betracht kommenden Stellen, hiernach zu verfahren und mir, meiner Frau und meinem Verlage das Recht zu geben, wie es andere Personen und deren Betriebe genießen, und vor allem der Würde meines Namens entsprechend zu ermöglichen, in freier, nicht behinderter Betätigung für die Verbreitung unseres Geistesgutes einzutreten, es sei denn, daß ich in meinen Vorschlägen selbst Beschränkungen vorschlage.

Das, was wir geben, bezweckt die Verwurzelung des einzelnen Deutschen im arteigenen Gotterkennen in Volk und Staat und Abwehr der überstaatlichen Mächte von Volk und Staat und die Festigung des einzelnen Menschen im totalen Staat herbeizuführen, den auch ich für notwendig erachte, und zugleich die Lehre aus ernstester Kriegserfahrung zu ziehen.

Natürlich dürfen auch den Vertretern solchen Geistesgutes, die heute sowohl

innerhalb der Partei wie außerhalb stehen, um deswillen keine Schwierigkeiten bereitet werden.

6. Praktisch müßten wohl eintretendenfalls Weisungen des Führers und Reichskanzlers an die Partei und sämtliche Ministerien ergehen und insonderheit dem Propagandaministerium aufgegeben werden, alle Eingriffe gegen mich, meine Frau und den Verlag einzustellen. Sollte indes irgendeine amtliche Stelle solche für notwendig halten, dann hätte sie sich vorher mit uns bzw. dem Verlage in Verbindung zu setzen und, sollte das nicht zum Ziele führen, hierüber mit dem Herrn Reichskriegsminister ins Benehmen zu treten, der dann, nach Rücksprache mit mir, die Entscheidung des Führers und Reichskanzlers einholen würde. Ich würde diese Maßnahme für um so unerläßlicher halten, als sicherlich nunmehr aus sehr durchsichtigen Gründen die Hetze und Denunziation überstaatlicher Mächte sich gegen mich, meine Frau und den Verlag austoben würde.

Ich habe in Anlage 3 noch meinen Brief an den Herrn Staatssekretär Dr. Meißner vom 17. 8. 35 beigelegt. Aus diesem Briefe geht hervor, daß ich bei allen recht schweren Eingriffen in meinem Handeln und Wirken nur an Volk und Staat denke, nicht anders meine Frau.

Ludendorff

Anlage 1

Abschriften

Mein Schreiben an Herrn Staatssekretär Meißner:

Tutzing, den 20. 11. 1936

Sehr geehrter Herr Staatssekretär!

Zu meinem Bedauern muß ich mich wieder an Sie wenden mit der Bitte, dem Führer und Reichskanzler Nachstehendes zu übermitteln, das zwar anscheinend eine rein persönliche Angelegenheit betrifft, die aber m. E. Angelegenheit des deutschen Staates und auch der Nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei ist. Der Mann, über den ich zu sprechen habe, ist nationalsozialistischer Parteiredner, dessen Charakter ich derart einschätze, daß die Mitteilung völlig wahr ist. Sie lautet:

„Herr . . . teilt mir mit, daß Herr . . . und Herr . . ., gute Freunde des Herrn Hasselbacher, ihm erzählt hätten, sie hätten bei einem Besuch des Herrn Hasselbacher in Berlin folgende Absicht erfahren:

‚Ein Buch gegen Ludendorff und Frau Ludendorff herauszubringen, dessen Druckfahnen und Photokopien bereits soweit fertig sind, daß sie dem Druck übergeben werden sollen. Der Schmutz soll noch größer sein als wie der von Ahlemann. Es soll eine Photographie sich darunter befinden, die Frau Ludendorff 1928 mit dem Juden Einstein und weiteren Juden Arm in Arm durch die Straßen ziehend zeigt. Er wolle damit Rache nehmen am Hause Ludendorff, das ihn im Stich gelassen hätte. Hasselbacher habe später auch vor, in öffentlichen Vorträgen gegen das Haus Ludendorff zu sprechen.'"

Zur Erläuterung führe ich an, das unerhörte Pamphlet des Herrn Ahlemann wurde von mir vor Jahren durch Gerichtsbeschluß beschlagnahmt und eingestampft, nachdem es in den Kreisen der Nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei halbamtlich weitgehend gefördert worden war. Ahlemann selbst wurde mit einem Mandat als Reichstagsabgeordneter belohnt, eine Tatsache, die so auf mich gewirkt hat, daß Ihnen vieles vielleicht bisher nicht Erklärbare jetzt erklärbar ist. Hasselbacher selbst ist ein minderwertiger Charakter, von dem ich abrückte, als ich ihn erkannte. Daß diese Photographie, von der hier die Rede ist, eine ungeheuere Lüge ist, ist selbstverständlich, auch für jedes Jahr, nicht allein für das Jahr 1928.

Ich werde gegen die Schrift, falls sie erscheint, nichts unternehmen, da ich die Erfahrung gemacht habe, daß ich, sobald meine Ehre in Betracht kommt, heute im allgemeinen rechtlos bin. Professoren greifen meine Feldherrnehre an. Meinen Klagen wird nicht nachgegeben. Der Herr Justizminister macht Äußerungen, die das Rechtsverfahren bedenklich beeinflussen könnten. Da wo ich Einspruch erhebe, habe ich schwerste Angelegenheiten. So die Fälle der Professoren Elze und Hartung. Von amtlichen Stellen werden meine Einsprüche nicht einmal beantwortet. Ein Buch, das meine Frau geschrieben hat und nur unantastbare Wahrheiten enthält, ist ohne jeden Grund beschlagnahmt und eingezogen worden. Jetzt können Zeitungen und Lehrer in der Schule meine Frau und mich als Lügner brandmarken, Pastoren mich auffordern, von solchen Lügen abzurücken, und ich bin nicht einmal in der Lage, mich in meiner Halbmonatsschrift „Am Heiligen Quell Deutscher Kraft" dagegen zu wenden, ohne befürchten zu müssen, daß diese Schrift, in der ich für die totale Volksschöpfung und den totalen Staat auf Grund ernstester Kriegserfahrung eintrete, beschlagnahmt und damit dem deutschen Volke eine wertvolle Aufklärung genommen wird. Mich überrascht es nicht, daß Gassenjungen versuchen, die Ehre meines Hauses zu bewerfen.

Mögen das scheinbar meine persönlichen Angelegenheiten sein, sie sind aber bei meiner und meiner Frau Persönlichkeit nun einmal Angelegenheit des Staates, und ich frage deshalb den Führer und Reichskanzler, ob meine Frau und ich wirklich im deutschen Volke auf die Dauer vogelfrei sein sollen, wie es zu meinem Bedauern den Anschein hat.

Ich bedauere ferner, daß ich in ernster politischer Zeit scheinbar mit diesen

„Nebensächlichkeiten“ komme, aber ich habe über diese „Nebensächlichkeit“ meine bestimmten Anschauungen und meine vor allem, daß sie eine Staatsangelegenheit ist. Der Name Ludendorff hat jedenfalls im Auslande Geltung.

Mit deutschem Gruße

Ludendorff.

Mein Schreiben an Herrn Staatssekretär Meißner:

Tutzing, den 30. 11. 1936

Sehr geehrter Herr Staatssekretär!

Am 20. 11. 36 sandte ich Ihnen einen Brief. Ich bitte, diesen Brief als überholt zu betrachten und ihn zu vernichten.

Wie ich gestern dem mir zugestellten Berliner Lokalanzeiger vom Freitag, den 27. 11., entnehme, hat Herr Minister Goebbels in einer Rede Ausführungen gemacht, die zwar den Namen Ludendorff nicht nennen, aber auf meine Frau und mich hinzielen. Diese Ausführungen lauten:

„Es ist gemein und charakterlos, die deutsche Kunst- und Kulturgeschichte in eine Serie von Kriminalfällen aufzuteilen und unter Zuhilfenahme von kabbalistischen Zahlen feststellen zu wollen, ob Goethe Schiller vergiftet oder wer Mozart ermordet hat.“

Ich verzichte darauf, das Unrichtige dieser Ausführungen festzuhalten. Es handelt sich hier für mich nur um die ungeheuerliche Ehrabschneidung dieser Worte.

Als ich meinen Brief am 20. 11. schrieb, konnte ich nicht annehmen, daß solche Worte in Gegenwart des Führers und Reichskanzlers gegen meine Ehre gesprochen werden konnten. Hätte ich das nur geahnt, hätte ich den Brief vom 20. 11. nicht geschrieben.

Sie werden, Herr Staatssekretär, verstehen, daß ich ihn nunmehr als ungeschrieben erachten muß.

Mit vorzüglicher Hochachtung habe ich die Ehre, zu sein

Ihr sehr ergebener

Ludendorff.

Herr Staatssekretär Meißner an mich:

Der Staatssekretär und Chef der Präsidialkanzlei

Berlin W 8, den 29. November 1936
Voßstraße 1

Hochzuverehrender Herr General!

Euerer Exzellenz Schreiben vom 20. ds. Mts. habe ich dem Führer und Reichskanzler zur Kenntnisnahme vorgelegt. Der Führer hat mich beauftragt, Euerer

Exzellenz mitzuteilen, daß er ein Buch der von Ihnen erwähnten Art, welches Euere Exzellenz und deren Frau Gemahlin persönliche Ehre angreifen sollte, unverzüglich beschlagnahmen lassen werde. Die Geheime Staatspolizei ist in diesem Sinne unterrichtet worden.

Mit dem Ausdruck meiner vorzüglichsten Hochachtung und Heil Hitler bin ich

Euerer Exzellenz
ergebener

Meißner.

Mein Schreiben an Herrn Staatssekretär Meißner:

Tutzing, den 4. 12. 1936

Sehr geehrter Herr Staatssekretär!

Nehmen Sie meinen Dank für Ihr Schreiben vom 29. 11. 1936 und übermitteln Sie solchen auch an den Führer und Reichskanzler für seine Entscheidung. Dieser Dank wird nicht dadurch gemindert, daß ich bedauere, daß mein Schreiben vom 30. 11. nicht rechtzeitig genug eintraf, um es auszuschließen, daß der Führer und Reichskanzler überhaupt mit meiner Angelegenheit befaßt wurde.

Mit dem Ausdruck meiner vorzüglichen Hochachtung bin ich, Herr Staatssekretär,

Ihr ergebener

Ludendorff.

Nun konnte ich mit dem Herrn Propagandaminister nachstehende Veröffentlichung für die erste Januarfolge des „Am Heiligen Quell Deutscher Kraft“ vereinbaren:

„Ein Passus in der Rede, die der Herr Reichsminister Dr. Goebbels auf der vierten Jahrestagung der Reichskulturkammer gehalten hat, ist verschiedentlich auf meine Frau und mich in Beziehung gebracht worden. Dies ist n i c h t gemeint gewesen, wie mir Herr Dr. Goebbels hat mitteilen lassen. Die Ausführungen haben sich vielmehr auf verschiedene Druckschriften bezogen, die in letzter Zeit erschienen und in denen unbedeutende Verfasser in niedriger Ausdrucksweise weit über das Ziel hinausgeschossen sind.

Überdies erhielt ich von Herrn Dr. Goebbels einen persönlichen Brief, für den ich ihm gedankt habe.“

Herr Staatssekretär Meißner an mich:

Der Staatssekretär und Chef der Präsidialkanzlei

Berlin W 8, den 24. 12. 1936
Voßstr. 1

Hochzuverehrender Herr General!

In weiterer Beantwortung Euerer Exzellenz Schreibens vom 20. November und im Nachgang zu meinem Schreiben vom 29. November beehre ich mich, mit-

zuteilen, daß dem Schriftsteller Friedrich *Hasselbacher* die Herausgabe der geplanten Broschüre verboten worden ist.

Den Bericht der Geheimen Staatspolizei füge ich in Abschrift bei[1]).

Mit dem Ausdruck meiner vorzüglichsten Hochachtung und Heil Hitler bin ich

Euerer Exzellenz

ergebener

Meißner.

[1]) Anm. Abschrift ist nicht beigefügt.

Mein Schreiben an Herrn Staatssekretär Meißner:

Tutzing, den 28. 12. 1936

Sehr geehrter Herr Staatssekretär!

Nehmen Sie meinen verbindlichen Dank für Ihr Schreiben vom 24. 12. 36 und die Mitteilung der Geheimen Staatspolizei, daß dem Schriftsteller Hasselbacher die Veröffentlichung der Broschüre untersagt worden ist. Ich würde es begrüßen, wenn der Geheimen Staatspolizei mein Dank hierfür übermittelt werden könnte.

Es ist für mich eine tiefe Genugtuung, daß ich gleichzeitig mitteilen kann, daß die ernste Angelegenheit, die meine Schreiben vom 30. 11. und 4. 12. berührten, durch Herrn Minister Dr. Goebbels in entgegenkommender Weise erledigt worden ist.

Mit deutschem Gruße und dem Ausdrucke meiner vorzüglichen Hochachtung bin ich, Herr Staatssekretär,

Ihr ergebener

Ludendorff.

Anlage 2

Nachstehend sind die Punkte aufgeführt, die meine Ehre besonders berührten und berühren und nach dem 31. 1. 33 liegen. Ich habe bei den einzelnen Punkten angeführt, inwieweit ich sie als erledigt betrachte und wie sie erledigt werden könnten.

Vereins- und Zeitungsverbote im Jahre 1933

1. *Im Juli 1933 wurde meine Wochenzeitung „Ludendorffs Volkswarte" verboten.* Die Gründe sind mir nicht näher mitgeteilt. Ein Wiedererscheinen kommt auch von mir aus *nicht* in Betracht.

2. *Ende September 1933 fiel die Auflösung des Tannenbergbundes*, eines politischen Kampfbundes, weil er angeblich Auffangorganisation für Kommunisten und Marxisten gewesen sei, was natürlich nicht zutrifft. Ein Wiederinslebenrufen des Tannenbergbundes kommt auch von mir aus *nicht* in Betracht.

Obschon ich mich wiederholt hierüber klar und deutlich ausgesprochen habe und an keiner Stelle ein Versuch gemacht worden ist, wider meinen Willen den Tannenbergbund ins Leben zu rufen, werden zum Teil die ehemaligen Tannenberger als Staatsfeinde angesehen und überwacht. Zufolge Weisung des Führers und Reichskanzlers ist aus der entsprechenden Überwachungsliste der Geheimen Staatspolizei mein Name unter „völkische Opposition" weggefallen, indes ist, soweit ich weiß, der Name „Tannenbergbund" stehen geblieben. Dadurch nehmen übereifrige Unterbeamte Anlaß, ehemalige Tannenberger widerrechtlich zu bedrängen. Auch die Staatsanwaltschaft hat in verschiedenen Prozessen die Zugehörigkeit zum Tannenbergbunde, auch wenn sie noch so weit zurücklag, bei ihrer Klageerhebung als erschwerend angesehen. Das Spitzeltum gegenüber den ehemaligen „Tannenbergern" blüht auch heute noch. Noch kürzlich ist ein ruhiger, zuverlässiger Deutscher, Rudolf Schmidt in Hannover, der im übrigen im besten Einvernehmen mit Nationalsozialisten arbeitet, denunziert, d. h. wahrheitswidrig beschuldigt worden. In der Vernehmung gibt ihm der Kriminalkommissar nicht Gelegenheit, den Denunzianten gegenübergestellt zu werden und seine Entlastungszeugen vernehmen zu lassen.

Hier würde Abhilfe durch eine Weisung geboten sein, daß die ehemaligen Tannenberger nicht als „Staatsfeinde" angesehen und Denunziationen ausgesetzt werden dürfen. Der Name „Tannenbergbund" wäre aus der Überwachungsliste der Gestapo zu streichen und in diesem Sonderfall die Unschuld Schmidts durch *alle* Zeugen zu erweisen oder diese Untersuchung überhaupt niederzuschlagen und ihn darauf in seine bisherigen Rechte, bei Totenfeiern zu sprechen, wieder einzusetzen. Ich habe schon in früheren Fällen gebeten, mir frühere „Tannenberger", die sich vergangen haben sollen, namhaft zu machen, falls sie sich wirklich irgendwie Verstöße zuschulden kommen lassen. Ich hätte dann auch von mir aus, auch wenn ich irgendeinen organisatorischen Einfluß nicht mehr habe, auf das Anstößige ihres Handelns hingewiesen, um so auf sie einzuwirken und alle Reibungspunkte aus der Welt zu schaffen. Mir sind solche Verstöße indes nicht mitgeteilt worden.

3. *Das Verbot des Deutschvolkes* erfolgte gleichzeitig mit dem Verbot des Tannenbergbundes und aus den gleichen Gründen. Der Verein Deutschvolk war nur gegründet, um den Erziehungsberechtigten im Sinne der

noch heute gültigen Paragraphen der Weimarer Verfassung das Recht zu sichern, die Kinder weltanschaulich in „Deutscher Gotterkenntnis (Ludendorff)" erziehen zu können. Der Verein bestand lediglich aus Einzelmitgliedern, ohne jede Ortsgruppenbildung. Diese Form entsprach m. E. auch den Anforderungen des totalen Staates, da sie Gruppenbildungen oder Gemeinden sowie irgendeine Sonderführerkaste priesterlicher Art ausschließt. Eine solche Zusammenfassung der gleichen religiösen Überzeugung erachte ich, das möchte ich nochmals aussprechen, als völlig unbedenklich für die Ziele eines totalen Staates, ganz unabhängig davon, daß dieser christliche und jüdische Priesterkasten und straff organisierte Gemeinden, die dem Staate nicht freundlich gesinnt sind, sogar zuläßt. Die Wiederherstellung des verbotenen Vereins liegt mir aus dem angeführten Grunde, aber auch deshalb besonders am Herzen, um den Deutschen, die sich zur Deutschen Gotterkenntnis bekennen, eine würdige Beerdigung gegenüber christlicher Reaktion zu sichern. Ich kann trotz aller meiner Abneigung gegen alles, was nach Sekten aussehen könnte, nicht schlechter gestellt werden als der Jude. Sollten Gründe der Staatsraison gegen die Wiederaufnahme des Namens „Deutschvolk" sprechen, so könnte ich auch einen anderen Namen dafür wählen.

Unmittelbare Antastung meiner Feldherrnehre durch Schriftsteller, Presse und Presseverordnungen

1. Meine Feldherrnehre wird unausgesetzt schwer angetastet durch die Verbreitung der Lüge, ich hätte in der entscheidenden Stunde der Schlacht von Tannenberg geschwankt.

Am 20. 12. 1934 hat der Herr Reichskriegsminister diese Lüge für die Presse richtiggestellt. Aber bekanntlich wurde diese wichtige Kundgebung von dem Propagandaministerium weiten Teilen der Presse in ihr Gegenteil verwandelt zugestellt und veröffentlicht. Damit war tatsächlich also das Gegenteil von dem erreicht, was der Herr Reichswehrminister bekanntgeben wollte. Da zunächst eine Berichtigung dieser Falschmeldung nicht erreicht wurde, mußte ich zur Notwehr eines Rundschreibens greifen und erlebte da Beschlagnahmen und Verfolgung der Deutschen, die gleich mir über jene neue Antastung meiner Feldherrnehre entrüstet waren. Mit entsprechender Schmähung geht es weiter. Sie wird in der „Pößnecker Zeitung" vom 28. 1. 1937 wiederholt, und zwar ist sie dem Buche des Herrn Werner Beumelburg „Sperrfeuer um Deutschland" entnommen.

Durch ein von mir herbeigeführtes Gerichtsverfahren war Herrn Werner Beumelburg und seinem Verlage Stalling ausdrücklich verboten, das Buch weiter zu verbreiten. Trotzdem lassen beide diese alte Lüge in der Zeitung verbreiten.

Würde ich wegen Beleidigung klagen, so würde der Prozeß, wie in dem Falle Elze, den ich gleich besprechen werde, nicht weitergeführt. Indes bleibt mir nichts anderes übrig, als es zu tun.

Die Bücher „Sperrfeuer um Deutschland", die diese Lüge enthalten, würden also auch aus allen Bibliotheken einzuziehen und zu vernichten sein. Dann könnte ich auf eine neuerliche Klage verzichten.

Professor Elze hat diese Lüge in seinem Buche „Tannenberg", das in der Zeit meines Kampfes gegen die Freimaurerei erschien, als erster ausgesprochen. Nun ging sie in die Presse des In- und Auslandes und wird dort unablässig wiederholt. Nach der erwähnten Erklärung des Herrn Reichswehrministers vom 20. 12. 34 bat ich Professor Elze, um einen Prozeß zu vermeiden, sein Buch zurückzuziehen. Er hat dieser Bitte nicht entsprochen. So mußte ich den Klageweg gegen ihn im Frühjahr 1935 beschreiten. Diese Klage ist jetzt nach 2 Jahren noch in Schwebe, und zwar, soweit ich beurteilen kann, zufolge Eingriffen des Reichsjustizministers. Der Reichspropagandaminister hat meiner Zeitschrift „Am Heiligen Quell Deutscher Kraft" verboten, irgendetwas über die Verhandlung zu bringen. Die Staatsanwaltschaft hat sich jetzt eingemischt, nicht um den Prozeß zu fördern, sondern, so schließe ich, um ihn vollends anzuhalten. Mir liegt nach wie vor nichts an dem Prozeß, obschon der Professor der Universität Berlin, Elze, für seine unerhörten Lügen und das Nichteinziehen des Buches eine exemplarische Strafe verdient hätte.

Eine notwendige Voraussetzung im Sinne der Anregung des Reichskriegsministers wäre die Vernichtung des unwahren Buches „Tannenberg" auch in allen Bibliotheken und Universitäten und wo es sonst aufzufinden ist. Ich habe solches auch kürzlich dem Gericht mitgeteilt. Ich würde dann meine Klage sofort zurückziehen.

Ähnlich wie Professor Elze verfuhr Professor Hartung von derselben Universität sowie sein Reclamverlag; ich hatte gegen ihn und den Verlag eine einstweilige Verfügung herbeigeführt, die das Verbreiten des Buches mit dieser Lüge verhindern sollte. Der Professor Hartung und der Verlag hatten dann die Dreistigkeit, mir einen Vorschlag für die Abänderung des Textes zu machen, der den Verlauf der Schlacht geschichtlich unwahr wiedergibt und, wenn auch mein Name selbst wegfällt, ähnliches wie früher behauptet. Ich lehnte den Text ab. Professor Hartung und der Reclamverlag erzwangen ihn in Klage gegen mich vom Landgericht in Leipzig, das geschichtliche Vorgänge anscheinend nicht kennt. Professor Hartung und Verlag hatten nichts Entscheidendes getan, um den Vertrieb der Schrift mit der früheren Fassung anzuhalten. Ich mußte deshalb gegen beide Klage erheben. Jetzt geht die Hartung'sche Schrift, Reclamverlag Nr. 7260 mit

ihrer verlogenen geschichtlichen Darstellung über den Verlauf der Schlacht in die Welt.

Diese Schrift wäre derselben Behandlung zu unterwerfen wie das Elzesche Buch „Tannenberg".

2. Es war ein schwerer Schlag für mich, daß meine Ansprache an den Herrn Reichskriegsminister am 9. 4. 1935 in der Presse nicht veröffentlicht wurde, und zwar anscheinend auf Weisung des Herrn Propagandaministers. Sie enthielt weiter nichts als eine Art militärischen Testamentes. Wenn ich in der Ansprache erwähnte, daß ich den Generalfeldmarschalltitel nicht angenommen habe, so geschah das allein auf eine mir durch Major Holtzmann übermittelte Bitte des Herrn Reichskriegsministers. Ich hatte bis dahin mit Dritten überhaupt nicht von dieser Frage gesprochen. Dieser Absatz über die Nichtannahme des Feldmarschalltitels hätte ja auch leicht wegfallen können.

Leider mußte ich im Anschluß hieran die Verdächtigung hören, ich habe den Generalfeldmarschalltitel nicht angenommen, weil er mir von dem „Gefreiten" Hitler angeboten wäre, ich hätte auch dem Führer und Reichskanzler auf sein Glückwunschtelegramm taktlos geantwortet usw. Das ist alles völlig unwahr, hat aber in weiten Kreisen der Partei Eingang gefunden. Ich überlasse die Entscheidung, ob nicht noch eine nachträgliche Aufklärung der Partei angebracht ist, auf die ich persönlich größten Wert lege, dem Ermessen des Führers und Reichskanzlers. Mir liegt an der Feststellung, daß ich, als mir gegenüber von Generalen des Heeres von der Annahme des Generalfeldmarschalltitels die Rede war, es als eine übliche Fühlungnahme betrachtet habe. Ich habe seinerzeit Herrn General v. Fritsch meine Gründe dargelegt und stelle hier fest, daß ich genau so, wie ich einst im Weltkriege den Vorschlag des Kaisers, den Adel anzunehmen, abgelehnt habe, 1935 bat, von etwaigen Absichten bezüglich des Generalfeldmarschalltitels abzusehen. Mein Name braucht keinen Adel, aber auch keinen anderen Titel als den, den ich mir im Großen Weltkriege durch meine Leistung erworben habe, den des „Feldherrn". So stehe ich in der Weltgeschichte.

3. Die Presse kann fortfahren, meine Feldherrnehre durch Anekdoten herabzusetzen oder zu verunstalten. Herr v. Oldenburg-Januschau ist in die Reihe der Märchenerzähler getreten, die mich auch entwürdigend darstellen. Ich sandte eine rein sachliche Berichtigung dieser Erzählungen dem Berliner Lokalanzeiger auf Grund des Reichspressegesetzes. Der Schriftleiter des Berliner Lokalanzeigers kehrte sich nicht an das Gesetz, sondern teilte mir mit, er mache das Bringen der Berichtigung von der Zustimmung des Propagandaministeriums abhängig. Diese Zustimmung ist nicht erfolgt. Ich mußte wieder einmal klagen. Dem Staatsanwalt fällt es gar nicht ein, die Angelegenheit weiter zu verfolgen. Die Verunstaltung

meines Feldherrntums bleibt für die Leser des Berliner Lokalanzeigers bestehen. Ich genieße nicht das Recht, das sonst jeder Deutsche besitzt. Ich bemerke ausdrücklich, daß nicht das geringste Wort etwa gegen Generalfeldmarschall v. Hindenburg in meiner Berichtigung steht. Ich habe nur ein Gespräch, das Herr v. Oldenburg mit mir über ihn geführt haben will, als nicht richtig bezeichnet ebenso wie seine Schilderung der Kriegslage als falsch. Der Staatsanwalt wäre darauf hinzuweisen, mir Recht zu verschaffen, und das Propagandaministerium, dem Recht nicht in den Arm zu fallen, da Staatsinteressen hier gar keine Rolle spielen.

Unmittelbare Antastung der Ehre meiner Frau und zugleich auch der meinigen.

1. Die Antastung der Ehre meiner Frau, und dadurch meines Hauses, wurde schon vor der Machtübernahme in unerhörter Weise von Oberstleutnant Ahlemann, einem Offizier, von dem ich mich aus guten Gründen habe trennen müssen, verbreitet. Er wurde nach der Machtübernahme mit einem Reichstagsmandat bedacht. Das Gift seiner Hetze fraß tief in Parteikreise ein, und die überstaatlichen Mächte sorgten dafür, daß eben diese Ernennung zum Reichstagsabgeordneten sein unwürdiges Handeln mit Glorie umgab und umgibt. Diese Hetze nahm in Parteikreisen widerlichste Formen an und machte sich in beleidigendsten Ausdrücken Luft, die ich gar nicht wiedergeben kann. Heute wird in gewissen Kreisen von meiner Frau und mir immer noch respektlos und ehrfurchtlos gesprochen, von meiner Frau als von „Mathilde" geredet und ich als „Halbirrer" dargestellt. So die Frucht der Ahlemannhetze.

Notwendige Voraussetzung im Sinne der Anregung des Herrn Reichskriegsministers wäre eine Anweisung an die Partei, daß solche respektlosen Äußerungen unterbleiben, und wenn überhaupt von meiner Frau und mir gesprochen wird, dann nur mit Achtung. Meine Frau kann diese als große deutsche Frau und Philosophin und als völkische Kämpferin seit 1920, vor allem auch in den schweren Novembertagen 1923, noch viel mehr als andere Frauen beanspruchen. Ich sehe hier ganz davon ab, daß sie zudem noch die Frau des Feldherrn ist. Wie die Angelegenheit Ahlemann zu regeln wäre, überlasse ich ganz dem Führer und Reichskanzler.

2. Schwer getroffen ist meine und meiner Frau Ehre durch die Beschlagnahme des Werkes meiner Frau: „Der ungesühnte Frevel an Luther, Lessing, Mozart und Schiller", sowie verschiedener Hefte des „Am Heiligen Quell" mit Abhandlungen über Schillers Tod. Einen Einspruch, den ich erhob, hat der Herr Reichspropagandaminister nicht beantwortet. Das Buch selbst ist 1928 erschienen und hat im Kampfe namentlich gegen die Freimaurerei gedient. Die Angaben, die

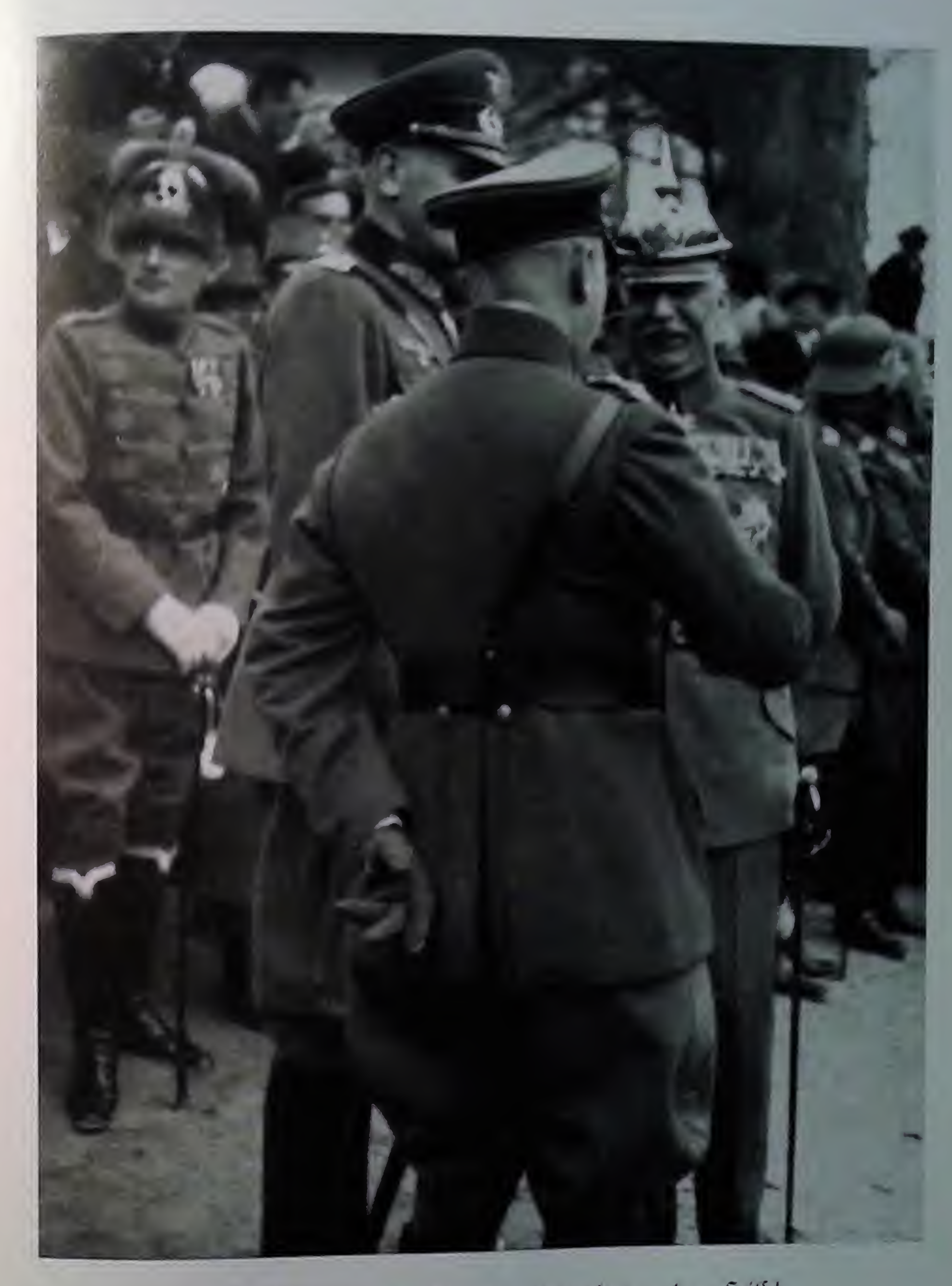
meine Frau macht, sind unantastbare Wahrheit. Sie verfolgte in unserem Kampf gegen den Juden und Freimaurer die Zusammenhänge, die zu dem Tode großer deutscher Kulturschöpfer führten, und legte sie klar. Sie tat das, was z. B. heute die nationalsozialistische Presse in dem Ergebnis des Prozesses in der Schweiz gegen den Mörder Gustloffs mit Recht vermißt, das Aufdecken der Hintermänner. Durch die Feststellungen meiner Frau soll den überstaatlichen Mächten das Handwerk gelegt werden, daß sie ähnliche Verbrechen an großen deutschen Kulturschöpfern nicht mehr wagen. Da dem Verlage von dem Propagandaministerium gleich nach der Beschlagnahme (Juli 1936) verboten wurde, irgendetwas, das mit dieser Beschlagnahme in Verbindung steht, zu schreiben, so sind meine Frau und ich nicht in der Lage, den unerhörten Lügen und Anwürfen, die sich infolge der Beschlagnahme über unser Handeln äußerten, entgegenzutreten. Die in diesen Lügen im In- und Auslande öffentlich wiederholte Behauptung, daß meine Frau in diesem Werke Goethe als Schillers Mörder bezeichnet habe, ist unwahr. Die Emigrantenpresse des Auslandes bringt sie noch heute. Kirchenblätter fordern mich unter Anrufung meiner Ehre auf, von den Lügen meiner Frau abzurücken. Das, was meine Frau gebracht hat, ist unantastbare Wahrheit. Hier sei festgestellt, daß meine Frau besonders darauf hingewiesen hat, daß Goethe eine Zeit lang von demselben Illuminatenorden bedroht war wie Schiller. Ein Lügen- und Schmähgewebe unerhörtester Art hat sich infolge der Beschlagnahme um uns gelegt.

Ich erachte es als notwendige Voraussetzung im Sinn der Anregung des Herrn Reichskriegsministers, daß das Werk „Der ungesühnte Frevel" wieder freigegeben oder, falls dies aus mir unerklärlichen Gründen der Staatsraison unmöglich erscheint, uns die Zusicherung gegeben wird, daß meine Frau Leben und völkisches Wirken Schillers und die Antwort des Juden, Illuminaten und Freimaurers hierauf in einem neuen Werke völlig unbehindert dem Volke geben kann.

3. Die Volksbüchereien haben von Herrn Reichsminister Rust die Weisung erhalten, keine Werke meiner Frau, nicht einmal ihre philosophischen, zu führen. Mein Einspruch hiergegen ist nicht beachtet. Auch durch solche Maßnahmen findet die Hetze im Volke gegen meine Frau und mich immer neuen Boden. Daß solche Maßnahmen ebenfalls für meine Frau und mich tief kränkend sind, ist ohne weiteres gegeben.

Ich halte eine Zurücknahme der Verfügung des Herrn Reichsministers Rust für geboten.

4. In der gesamten Presse muß mein und meiner Frau Name verschwiegen werden, der meinige darf nur im Zusammenhang mit kriegerischen Ereignissen gebracht werden. Wie er zumeist gebracht wird, deutete ich vorstehend an.



Der Feldherr im Gespräch mit v. Blomberg und v. Fritsch

Wie meiner Frau Name totgeschwiegen wird, so wird auch in nationalsozialistischen Versammlungen das Geistesgut meiner Frau verbreitet, ohne daß ihr Name genannt wird und genannt werden darf.

Das sind schwer ehrenkränkende Unmöglichkeiten, die im Sinne der Anregung des Herrn Reichskriegsministers der Abstellung bedürfen.

Maßnahmen gegen den Verlag, die meine Ehre berühren.

1. Hand in Hand mit Vorstehendem gehen Weisungen des Herrn Propagandaministers an die Presse, daß die Verlagswerke des Ludendorff-Verlages, im besonderen die meiner Frau, nicht angezeigt werden dürfen, wenigstens lehnt die Presse oft mit dieser Begründung die Aufnahme von Anzeigen ab, wie sie sie sonst von jedem anderen Verlage bringt.

Ebenso hat noch vor wenigen Tagen der Herr Reichspropagandaminister eine vom Verlag erbetene Filmpropaganda für Verlagserzeugnisse abgelehnt, wie sie sonst jedes Geschäft vornehmen darf.

Notwendige Voraussetzung im Sinne der Anregung des Herrn Reichskriegsministers wäre die Aufhebung aller solchen unwürdigen, ehrenkränkenden Einschränkung des Vertriebes des Verlages, der meinen Namen führt. Sollten wirklich in irgendwelchem Werke oder sonstwie Ausstellungen zu machen sein, so wäre hierüber zunächst einmal mit dem Verlage in Verbindung zu treten und über die Erledigung zu verhandeln. Des weiteren nehme ich auf meine Ausführungen in „Meine Stellungnahme" Bezug.

2. Ähnlich ist dem Verlag, gleichsam als ob ich Staatsgefährliches erstrebe, jede mündliche Schulung seiner Buchvertreter und jede mündliche Werbung praktisch unmöglich gemacht, da die Geheime Staatspolizei dies nicht gestattet. Ich stehe hierüber mit dieser in Verbindung, habe aber noch kein Ergebnis erzielen können.

Notwendige Voraussetzung im Sinne der Anregung des Herrn Reichskriegsministers wäre die Möglichkeit der Unterweisung der Buchvertreter des Verlages durch die vom Verlage bestimmten Persönlichkeiten und eine beschränkte Werbemöglichkeit für die Verlagserzeugnisse in geschlossenen Versammlungen.

Auch ist mir unmöglich, Deutsche über Deutsche Gotterkenntnis aufklären zu lassen. Eine solche Aufklärungsmöglichkeit in geschlossenen Versammlungen wäre geboten, ein Recht, das mir das Kirchenministerium zuspricht und das sogar der Jude hat.

3. Es ist mir noch mitgeteilt, daß, während ich dies schreibe, eine neue Verfügung des Propagandaministeriums ergangen sein s o l l, die daran erinnert.

daß Buchanzeigen des Verlages von der Presse nicht zu bringen sind, und eine neue Beschlagnahme eines Werkes des Verlages bevorstehen **soll**. Es handelt sich um das Buch „Nie wieder Habsburg", also um eine Schrift meines Verlages, die er seit Jahren führt und die sich gegen die größten Feinde völkischen Wollens, vor allem auch der österreichischen Nationalsozialisten wendet und an der Geschichte nachweist, wie sehr die Habsburger Priesterknebelung förderten und völkisches Wollen bedrängten.

Sollten diese Nachrichten in der Tat zutreffen, so wären, als Voraussetzung für die Anregung des Herrn Reichskriegsministers, die ihnen zugrunde liegenden Tatsachen aus der Welt zu schaffen.

Das Vorstehende wird genügen, um festzustellen, in welcher Weise meine Ehre als Feldherr und als deutscher Mann, die Ehre meiner Frau und schließlich auch die des Verlages, der meinen Namen führt, unmittelbar verletzt oder durch unerträgliche Maßnahmen getroffen wurden und welche Voraussetzung mich von dem wiedererwachten Vertrauen überzeugen könnte, das mir allein ermöglichen würde, einen Strich durch das Erlebte zu machen und mir selbst Vertrauen und Recht und geschützte Ehre zu geben.

Ludendorff

Anlage 3

Mein Schreiben an Herrn Staatssekretär Meißner:

Tutzing, den 17. 8. 1935

Sehr geehrter Herr Staatssekretär!

Wiederum danke ich verbindlichst für Ihren Brief vom 13. 8. und bitte, auch dem Führer und Reichskanzler meinen Dank für seine Entschließungen auszusprechen.

Darf ich bei dieser Gelegenheit noch das Folgende ausführen, das mir am Herzen liegt, denn ich kann nicht vergessen, daß ich mit dem Führer und Reichskanzler am 9. 11. 1923 im gleichen Feuer war.

Wenn ich von meinem völkischen Standpunkte aus sehr vieles ablehnen muß, was ich heute erlebe, weil es nicht zur deutschen Volksschöpfung führt, wenn ich auch den Zwang ablehne, der über das Notwendige hinausgeht, weil er der deutschen Rasseeigenart nicht entspricht und daher wiederum schädigend auf die Geschlossenheit des Volkes wirkt, so begrüße ich doch auf der anderen Seite vieles mit Freuden. Ich weiß auch, daß ich als Privatmann kompromißloser sein kann

als der Staat. Meine Kompromißlosigkeit aber richtet sich nicht gegen den Staat, sondern arbeitet ihm vor, soweit dies einem Privatmann möglich ist. Nie würde ich etwas unternehmen, was Regierung und Staat gefährdet, erst recht nicht, wenn ich wahrnehme, daß durch allerhand Geraune im Volke und in der außenpolitischen Lage Schwierigkeiten vorliegen.

Es war mir ein Bedürfnis, dies auszusprechen. Das gilt auch für die Deutschen, die auf mich sehen. Aufrechtes Handeln völkischer Menschen ist nicht staatsfeindlich, es dient dem Staate und dem Volke, und damit auch einer völkischen Regierung.

Ich überlasse es Ihnen, ob Sie Vorstehendes auch dem Führer und Reichskanzler mitteilen wollen.

In vorzüglicher Hochachtung, Herr Staatssekretär, bin ich

Ihr ganz ergebener

Ludendorff.

Längere Zeit hörte ich über meine „Stellungnahme" nichts, bis ich Ende März die Mitteilung erhielt, daß ich um die Unterredung mit dem Führer und Reichskanzler ersucht würde und meine Wünsche bezüglich Ort und Zeit angeben möchte.

Inzwischen waren die Ereignisse ihren Weg weiter gegangen. Deutschland hatte sich immer mehr hinter Franco gestellt und dessen Kriegsführung weitgehend begünstigt. Es war eng an Mussolinis Seite getreten, der seine imperialistischen Pläne im Mittelmeer weiter durchführen und Spanien in völlige Abhängigkeit von sich bringen wollte. Es war in der politischen Welt von der Achse Berlin—Rom die Rede, der aber die anderen europäischen Staaten mehr oder weniger unter Englands und Frankreichs Führung widerstrebten. Es muß hier eingeschaltet werden, daß es alten okkulten Wünschen, ein Zusammenfassen Deutschlands, Italiens und Spaniens, entsprach.

Ganz anders indes wie die Haltung Mussolinis war die Haltung des römischen Papstes gegen Deutschland. Er betrachtete auch den Nationalsozialismus als heidnische Bewegung, die keineswegs katholisch war wie der Faschismus in Italien. Seine Kämpfe gegen den nationalsozialistischen Staat wurden immer heftiger und rücksichtsloser. In seiner Enzyklika vom 14. 3. 37 griff der römische Papst in unerhörter Weise Deutschland an. Ob dieser Tatbestand auf den Entschluß Adolf Hitlers, eine Begegnung mit mir zu suchen, eingewirkt hat, vermag ich nicht anzugeben; ich vermute aber, daß doch eine gewisse Wirkung ausgeübt hat. Im allgemeinen glaube ich, daß die Besprechung mehr in den Wünschen der Wehrmacht lag.

Ich hatte für die Besprechung die Zeit unmittelbar nach den Osterfeiertagen vorgeschlagen und als Ort das Wehrkreiskommando in München. Auf diese Wünsche wurde eingegangen, und so kam die Besprechung am 30. 3. 1937 zustande*). Sie verlief durchaus harmonisch. Adolf Hitler erklärte verschiedene Male, daß er mein Ringen durchaus verstehe. Ich hatte das, was ich zu erreichen strebte und was schon in meiner „Stellungnahme" niedergelegt war, in nachstehender Aufstellung zusammengefaßt:

Nachstehende Punkte sind von mir dem Führer und Reichskanzler bei der Unterredung am 30. 3. als Grundlage eines Ausgleichs Wort für Wort vorgelesen worden. Er hat die Anweisungen genehmigt und zu den seinigen gemacht,

---

*) Anmerkung des Herausgebers.

Zur Geschichte des 30. 3. 1937

Den Wortlaut des Gespräches über außenpolitische Fragen gab Ludendorff wie folgt wieder:

Hitler: „Die Demokratien sind morsch. Sie schwätzen nur und handeln nicht. Die jungen totalitären Staaten werden die Geschichte gestalten und eine neue Ordnung in Europa schaffen. Der Krieg in Spanien hat das deutlich gezeigt."

Ludendorff: „Wenn Sie nicht das Unheil heraufbeschwören, einen Krieg anzufangen — der sich sehr bald zu einem Weltkrieg ausweiten wird, und das wird jeder Krieg — dann können Sie noch manches erreichen. Die Leistungen unserer Truppen im Weltkrieg sind in den anderen Völkern unvergessen. Sie werden sich scheuen, Deutschland noch einmal einzukreisen in der Hoffnung, es zermalmen zu können. Ich warne Sie aber sehr ernst davor, einen Krieg zu beginnen. Wir müssen uns überhaupt aus jeder

nur bezüglich der Anweisung ‚Anweisung an den Erziehungsminister' Ziffer 1 behielt er sich Entscheidung vor. Die Anweisungen lauten:

„Anweisungen an die Partei

1. Aufklärung über die Nichtannahme des Feldmarschalltitels im Sinne der 3. 2 Bl. 2 der Anlage 2 meiner Stellungnahme vom 7. 2. 1937.

2. Unterlassen der Angriffe auf mich und meine Frau. Bei Abgaben von Werturteilen oder weltanschaulichen Auseinandersetzungen Anwendung solchen Tones, wie er gegenüber den beiden großen Deutschen und dem Namen Ludendorff geboten ist. (Bei den schweren Schmähungen, denen nun einmal die Ehre meiner Frau ausgesetzt war, lege ich auf die Nennung meiner Frau ausschlaggebenden Wert.)

3. Bei etwaiger Verwendung des Geistesgutes des Hauses Ludendorff muß der Name genannt werden.

4. Den früheren Mitgliedern des ehemaligen Tannenbergbundes darf aus der Tatsache solcher Zugehörigkeit zu diesem Bunde kein bürgerlicher Nachteil erwachsen, wie das bisher fast grundsätzlich eintrat.

Es wäre dem Feldherrn erwünscht, von ungebührlichem Verhalten seiner Anhänger Kenntnis zu erhalten. Lehnt er auch jede politische Betätigung ab, so wäre es ihm doch vielleicht möglich, in den einzelnen Fällen klärend, beruhigend und

---

kriegerischen Verwicklung heraushalten. Nur ein Verteidigungskrieg kommt für Deutschland in Frage, sonst nur strikte Neutralität. Die neue Armee braucht sowieso noch Jahre, bis sie diese Aufgabe erfüllen kann.

Nach allem, was ich über den Aufbau der neuen Wehrmacht erfuhr, wird Ihnen zu Beginn des Krieges großer Erfolg sicher sein. Es mag sogar sein, daß Sie bis vor Kairo und Indien kommen. Der weitere Krieg wird aber zur völligen Niederlage führen. Die Vereinigten Staaten werden diesmal in noch ganz anderem Ausmaß eingreifen, und Deutschland wird schließlich vernichtet."

Hitler: „Ich bin weit davon entfernt, an einen Krieg zu denken. Als Frontsoldat des Weltkrieges will ich meinem Volk den Frieden erhalten. Aber die Demokratien sind morsch. Ich werde meine Ziele ohne Krieg erreichen."

Ludendorff: „Ich glaube Ihnen nicht, Herr Hitler!"

Nach seiner Rückkehr nach Tutzing hat Ludendorff gesagt: „Es ist alles vergebens, dieser Mann wird Deutschland ins Unglück stürzen."

Auf die Frage, was dagegen noch geschehen könne, erwiderte Ludendorff: „Wenn Hitler einen Krieg anfängt, dann ist er die ersten Wochen ganz in der Hand seiner Generale. Ich werde dafür sorgen: dann wird er gestürzt. Das Volk wird es verstehen."

einigend zu wirken. Dies wäre ihm aber nur dann möglich, wenn er von amtlichen Stellen benachrichtigt wird, sonst könnten neue Mißverständnisse gezeitigt werden.

Anweisungen an den Justizminister

1. Verunglimpfungen der Feldherrnehre des Generals Ludendorff sind von Staatswegen zu verfolgen.

2. Die frühere Zugehörigkeit zum ehemaligen Tannenbergbunde darf nicht strafverschärfend wirken.

Anweisungen an die Geheime Staatspolizei

1. Verunglimpfer der persönlichen Ehre des Hauses Ludendorff sind zu verwarnen.

2. Frühere Mitglieder des ehemaligen Tannenbergbundes sind bei polizeilichen Ermittlungen ihren Angebern gegenüberzustellen.

3. Noch in Schutzhaft befindlichen ‚ehemaligen Tannenbergern' ist Gelegenheit zu geben, sich in diesem Sinne zu rechtfertigen. Sie sind, wenn nicht Schwerwiegendes vorliegt, der Freiheit zurückzugeben (Börms, Lübeck).

Anweisungen an den Propagandaminister pp.

1. Die der Presse bezüglich des Wirkens des Hauses Ludendorff und des Verlages zugeleiteten Beschränkungen, auch bezüglich des Berichtigungszwanges nach § 11 des Reichspressegesetzes und der Aufnahme von Anzeigen des Verlages, sind aufzuheben.

2. Es ist grundsätzlich der Presse untersagt, die Lügen von einem Schwanken des Feldherrn in der Durchführung der Schlacht von Tannenberg oder von dessen ‚Nervenzusammenbruch' am Ausgang des Weltkrieges vorzubringen.

3. Weltanschauliche Auseinandersetzungen sind sachlich zu führen.

4. Der Verlag ist in der Herausgabe von Büchern, sofern sie vom Feldherrn genehmigt werden, nicht beschränkt (Schillerbuch). Der Verlag hat das gleiche Recht in der Werbung für seine Verlagserzeugnisse wie andere Betriebe. Er kann auch nach Weisung des Feldherrn Schulungen seiner Buchvertreter und auch sonstige Werbevorträge in geschlossenen Versammlungen abhalten lassen. Sollten

dabei von amtlichen Stellen Anstände festzustellen sein, so haben sie sich hierüber sogleich mit dem Feldherrn in Verbindung zu setzen.

Anweisungen an den Erziehungsminister

1. Aus allen öffentlichen Bibliotheken und Universitätsbibliotheken sind zu entfernen:

„Tannenberg" von Walter Elze, Verlag Hirth, Breslau

„Hindenburg" von Fritz Hartung, Verlag Reclam, Leipzig

„Sperrfeuer um Deutschland" von Beumelburg, Verlag Stalling, Oldenburg, Ausgabe vor 1935.

Weitere Auflagen der beiden erstgenannten Bücher sind zu untersagen.

2. Alle staatlichen Bibliotheken pp. können alle Verlagserzeugnisse des Ludendorff-Verlages, einschließlich der philosophischen Werke Frau Dr. Mathilde Ludendorffs, führen. Bezügliche Beschränkungen sind aufzuheben.

Anweisungen an den Reichsinnenminister pp.

1. Dem Feldherrn Ludendorff wird genehmigt, den Verein ‚Deutsche Gotterkenntnis (Ludendorff)' zu bilden, sowie geschlossene Gästeversammlungen dieses Vereins mit von ihm im Benehmen mit der Geheimen Staatspolizei genehmigten Rednern abhalten zu lassen und evtl. dem Verein ein Vereinsabzeichen zu geben. Bei Erfragung der Religionszugehörigkeit geben die Deutschen, die sich zur ‚Deutschen Gotterkenntnis (Ludendorff)' bekennen, in amtlichen Urkunden die Bezeichnung an: ‚Gotterkenntnis (L.)'.

2. Der Verein ‚Deutsche Gotterkenntnis (Ludendorff)' hat die gleichen Rechte wie heute die anerkannten christlichen Religionsgesellschaften (Kirchen). Seine Mitglieder sind überall z. B. im Arbeitsdienst, in der Wehrmacht, in der Beamtenschaft und in freien Berufen gleichgeachtet und gleichberechtigt mit den Mitgliedern anderer in Punkt 24 des Parteiprogramms eingeschlossenen Glaubens- und Religionsgemeinschaften."

Adolf Hitler stimmte zu, worauf ich ihm die zu veröffentlichende Erklärung über unser Zusammentreffen und das, was ich hinzusehen würde, vorlas. Auch diesem pflichtete er bei. Ich hatte im Verlauf der Unterredung

besonders unterstrichen, daß ich auf stärkste Sabotage auch in Reihen der NSDAP gefaßt sei. Dies lehnte Adolf Hitler nicht ab, und darum sagte er mir zu, er würde mich von allem unterrichten, was ihm gegen meine Person vorgebracht würde, wie er mir auch freistellte, sich eintretenfalls an ihn persönlich zu wenden, er wäre wohl jede Woche in München, ich könne ja bei ihm vorsprechen, er würde auch nach Tutzing herauskommen. Die Besprechung verlief also nach jeder Richtung hin harmonisch. Es schloß sich hieran noch eine kurze Unterhaltung in Gegenwart des Generalfeldmarschalls v. Blomberg. Ich begrüßte dann auch kurz die Begleitung der beiden Herren, darunter auch den Obersturmführer oder wie der Titel lauten mag, Herrn Brückner, mit dem ich im Jahre 1924 zusammen auf der Anklagebank gesessen hatte.

Wie ausgemacht, erfolgte schon am 30. abends nachstehende Erklärung im Rundfunk und in der gesamten Presse:

„Erklärung.

Zur Beseitigung von Schwierigkeiten und Mißständen hat im Interesse des Volkes zwischen dem Führer und Reichskanzler Adolf Hitler und dem Feldherrn Ludendorff eine eingehende Aussprache stattgefunden, die auch das gewünschte Ergebnis erzielt hat.

Der Feldherr brachte darauf zum Ausdruck, wie er die rettende Tat des Führers und Reichskanzlers, den Versailler Schandpakt Punkt für Punkt zerrissen zu haben, begrüßt hat, vor allem die Tatsache, daß Volk und Staat wieder wehrhaft und Herr am Rhein sind. Er sprach von seinem Wirken für die seelische Geschlossenheit des Volkes, um es zu ernsten Aufgaben zu befähigen. Der Führer und Reichskanzler sprach von seinen Erfahrungen und begrüßte es, daß das Dritte Reich und seine Wehrmacht nun wieder in vertrauensvoller persönlicher Fühlungnahme mit dem Feldherrn des Weltkrieges stünden, wie es einst das alte Heer im Weltkriege und die Kämpfer des 9. November 1923 taten."

Da die Unterredung völlig geheim gehalten war, so wirkte diese Erklärung ungemein überraschend. Viele Deutsche haben sich die Köpfe zerbrochen und meinten, ich hätte Kotau gemacht. Nun, die Gründe, die mich bewegt haben, sind in dem ersten Absatz voll enthalten. Sie sind auch in den nachfolgenden Worten niedergelegt, die ich in Folge 1/37 des „Am Heiligen Quell" veröffentlichte:

„Der Führer und Reichskanzler hat die Beschränkungen aufgehoben, denen bisher mein und meines Hauses weltanschauliches Wirken begegnete. Die Deutschen, die sich zur ‚Deutschen Gotterkenntnis (Ludendorff)' bekennen, haben volle Gleichberechtigung mit den Volksgeschwistern, die den in Punkt 24 des Parteiprogramms eingeschlossenen Glaubens- und Religionsgemeinschaften angehören.

Ich danke dies dem Führer und Reichskanzler. Mein Ringen für die Festigung des totalen völkischen Staates wird dadurch für mich freudiger und für diesen, so hoffe ich, wirkungsvoller.

Ich erwarte nun aber auch von denen, die auf mich hören, vor allem von den Anhängern der Deutschen Gotterkenntnis außerhalb, aber auch innerhalb der nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei, daß sie sich stets vor Augen halten, daß mein Ringen der Festigung des deutschen Menschen und der Geschlossenheit des deutschen Volkes in dem völkischen und totalen Staate gilt und heute alles von ihnen eingesetzt werden muß, um dieses große Ziel zu erreichen und zugleich die in jüngster Zeit besonders scharf hervortretenden Bestrebungen der überstaatlichen Mächte, unser junges völkisches Reich zu unterwühlen und über unser Volk ihre Herrschaft wieder zu errichten, ein für allemal zunichte zu machen."

Mit diesen Worten ist tatsächlich alles gesagt, was über die Besprechung zu sagen ist. Viele Deutsche hatten gehofft, ich würde irgendeinen politischen Einfluß ausüben können. Das hatte ich nie erstrebt und auch nicht haben wollen, selbst wenn es mir angeboten worden wäre. Ich halte ein Politik-Treiben aus nichtverantwortlicher Stelle für eine Unmöglichkeit für mich, und dies kam nicht in Frage. Für mich gab es nur eines: die volle Verantwortung oder keine. Ich hatte erkannt, wie unheilvoll Zwitterdinge wirken.

Die besten Ratschläge können, falsch ausgeführt, Unheil werden. Eine volle Verantwortung kam selbstverständlich gar nicht in Frage. In dieser versumpften Welt wären mir Widerstände entgegengestellt, die gar nicht zu überwinden waren. So war ich mit dem Ergebnis durchaus zufrieden.

Es war selbstverständlich, daß ich das Ergebnis der Besprechung warm begrüßte. Hindernisse für die deutsche Gotterkenntnis, von der ich weiß, daß sie dem Volke Rettung sein wird, waren weggeräumt. Es konnten sich nun die Deutschen, die diese Anschauung mit mir teilen, freier regen, ohne fürchten zu müssen, als Staatsfeinde angesehen zu werden. Auch begrüßte ich es, daß die ehemaligen Tannenberger nun nicht mehr besonderen Verfolgungen ausgesetzt waren. Es war ganz klar, daß — so sehr auch diese Veröffentlichungen von vielen Deutschen, namentlich von alten Kämpfern aus der NSDAP warm begrüßt wurden — andererseits die ehemaligen Tannenberger, die viel zu leiden gehabt hatten, fürchten mußten, ich wäre umgefallen. Aber ebenso klar war es auch, daß die gesamte christliche Reaktion in ungemeiner Hetze sich gegen mich und meine Frau vermehrt wenden und alles versuchen würde, um das Ergebnis der Besprechung zu sabotieren. Da in der NSDAP die Vertreter der überstaatlichen Mächte festsaßen, bezweifelte ich nicht, daß Sabotage auch von diesen Kreisen ausgehen würde. Darum hatte ich mir ja auch ganz besonders ausbedungen, daß ich vom Führer und Reichskanzler selbst über jeden Sabotageakt, der zu seiner Kenntnis käme, Mitteilung erhielte, wie umgekehrt, daß ich mich an ihn wenden würde, wenn ich solche erführe. Er stellte mir für diese Fälle anheim, da er jede Woche einmal in München sei, ihn dort zu besuchen, auch könne er nach Tutzing herauskommen. Um einer Sabotage zu begegnen, wandte ich mich durch Major v. Grolman, Adjutant des Reichsministers des Innern, an diesen wegen der alsbald vorzunehmenden Werbebesprechungen des Ludendorff-Verlages und vernahm nun, daß vom Führer und Reichskanzler nichts unternommen sei. Erst am 21. 4. 37 erfuhr

ich, daß er den Minister des Innern, Frick, mit der Durchführung der Abmachungen betraut habe.

Inzwischen hatte ich am 15. 4. 37, gelegentlich meines fünfundfünfzigjährigen Dienstjubiläums, Generalfeldmarschall v. Blomberg und die Vertreter der Wehrmachtteile, Generaloberst Frhr. v. Fritsch, Generaladmiral Raeder und, als Vertreter des Generalobersten Göring, General der Flieger Kaupisch empfangen, die mir die Glückwünsche der Wehrmacht übermittelten. Dabei wurden folgende Ansprachen gehalten:

„Als die Vertreter der deutschen Wehrmacht treten wir vor Euer Exzellenz, um Ihnen unsere herzlichsten Glückwünsche auszusprechen zur 55. Wiederkehr des Tages Ihres Eintritts in die Armee. Ich bin zugleich Beauftragter des Führers und Reichskanzlers, der Ihnen seine wärmsten Wünsche ausspricht. Dieser Tag vor 55 Jahren war nicht nur für Euer Exzellenz, sondern für das deutsche Soldatentum und das deutsche Volk bedeutungsvoll. Damals trat ein Jüngling in die Waffenreihe, aus dem im stetigen Wachsen ein vorzüglicher Generalstabsoffizier und Kommandeur, ein großer Soldat, ein Feldherr werden sollte. Der Weltkrieg war ein kriegerisches Ereignis von titanischem Ausmaß, dessen Bedeutung und Nachwirkung noch nicht abzusehen ist. Nun, vor allen Führern, bei Freund und Feind, leuchtet Ihr kraftvoll heroisches Soldatentum. Ihr tätiges Feldherrntum in einem strahlenden Glanze hervor. Wie weit von diesem Lebenskreis des Entschlusses und der Tat ist die Welt des geschriebenen Wortes, der Literatur entfernt. Wie zusammengestückt sind hier manchmal die Beweggründe, die zu einem Urteil, einer Kritik, einer schiefen Darstellung führen. Wir Soldaten des Weltkrieges wissen besser als eine manchmal irrende Forschung, wie sehr General Ludendorff ein Beweger und Leiter, ein großer Verantwortlicher, kurzum ein Feldherr war. In Ihrem langen Leben, Euer Exzellenz, hat es wenig Muße und keine Schwäche gegeben. Der Kampf war und ist Ihr Element. Die Kraft und die große Vision befähigen Sie dazu. Mögen Ihnen noch viele Jahre des vollen Wirkens gegeben sein."

„Ich danke Ihnen, Herr Reichskriegsminister und Oberbefehlshaber der Wehrmacht, und Ihnen, meine Herren Oberbefehlshaber des Heeres, der Marine und